Beginn: 19:30 Uhr
 Ende: 20:20 Uhr

Sitzung-Nr: 05/gr/017/2023
 WP.: 2019/2024

NIEDERSCHRIFT

über die am 01.03.2023 im Gemeindehaus, Sulzbachweg 6, 76857 Eußerthal stattgefundene 17. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Eußerthal

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 24.02.2023 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)
 Alle Ratsmitglieder wurden am 17.02.2023 schriftlich eingeladen.
 Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 13
 Zahl der Beigeordneten: 2, stimmberechtigte Beigeordnete: 2

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Ortsbürgermeister

Reinhard Denny	
----------------	--

Beigeordnete und Ratsmitglied

Tanja Zink	
------------	--

Ratsmitglieder

Günter Dauer	
--------------	--

Beate Denny	
-------------	--

Ursula Heck	
-------------	--

Lena Hirschinger	
------------------	--

Lothar Krause	
---------------	--

Susanne Schwenck-Rodach	
-------------------------	--

Martin Zoller	
---------------	--

Schriftführer

Sandra Eckerle	
----------------	--

Abwesend:

Erster Beigeordneter und Ratsmitglied

Thomas Mohra	entschuldigt
--------------	--------------

Ratsmitglieder

Andrea Appelzöller	entschuldigt
--------------------	--------------

Anne Laux	entschuldigt
-----------	--------------

Anja Mohra	entschuldigt
------------	--------------

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beratung und Beschlussfassung zum Beitritt des Kommunalen Klimapaktes Rheinland-Pfalz
Vorlage: 05/191/VIII/187/2023
- 3 Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen Umbau Kita
- 4 Auftragsvergaben
- 4.1 Kauf dreier Bäume für den Kinderspielplatz
- 4.2 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Baugrunderkundung für das beabsichtigte
Baufeld der Kita
Vorlage: 05/193/IV/611/2023

- 4.3 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe "Ersetzen der defekten Überwachungszentrale"
DGH
Vorlage: 05/192/IV/609/2023
 - 4.4 Weitere Auftragsvergaben
 - 5 Bebauungsplanverfahren „Süd“ 8. Änderung
 - 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
 - 2. Billigung des Planentwurfes
 - 3. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 - 4. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGBVorlage: 05/194/VIII/199/2023
 - 6 Bauangelegenheiten
 - 7 Verschiedenes
-

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläuterte Ortsbürgermeister Denny, dass die Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2022 fehlerhaft ist. Unter TOP 13.2 Grundstücksangelegenheiten, wurde über ein Grundstück Fl. Nr. 2049 informiert. Es handelt sich jedoch um das Fl.Nr. 2048.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Niederschrift entsprechend zu ändern.

1 Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

2 Beratung und Beschlussfassung zum Beitritt des Kommunalen Klimapaktes Rheinland-Pfalz Vorlage: 05/191/VIII/187/2023

Unter Federführung des Klimaschutzministeriums und der Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbänden wurde der Kommunale Klimapakt (KKP) entwickelt. Damit werden Kommunen, die sich den Klimaschutzzielen des Landes anschließen, dauerhaft unterstützt und bei der Projektumsetzung begleitet.

Der kommunale Klimapakt ist ein Bekenntnis der Kommunen, mehr für den Klimaschutz und die Bewältigung der Klimawandelfolgen zu tun. Der Kommunale Klimapakt ist aber weit mehr als diese Selbstverpflichtung. Er ist langfristig angelegt. Mitglieder des KKP sollen gezielte, bedarfsorientierte und individuelle Beratung und Begleitung im Bereich Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen von Seiten des Landes erhalten.

Um dem Netzwerk des Kommunalen Klimapaktes beitreten zu können, bedarf es einem Ratsbeschluss über den Beitritt zu dem Kommunalen Klimapakt und den Abschluss der beiliegenden Erklärung.

Nähere Einzelheiten sind der Gemeinsamen Erklärung zum Kommunalen Klimapakt zu entnehmen.

Nach kurzer Diskussion erfolgte die Abstimmung einstimmig für den Beitritt zum Kommunalen Klimapakt.

3 Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen Umbau Kita

Der TOP wurde bereits im Ausschuss für Bau- und Infrastruktur am 24.01.2023 behandelt. Seitens des Ausschusses wird ein Neubau der Kita auf dem Grundstück des bisherigen Bolzplatzes empfohlen. Ein entsprechendes Bodengutachten soll Aufschluss geben, ob ein Neubau dort möglich wäre.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Neubau der Kita auf dem derzeitigen Bolzplatz zu favorisieren, wenn dies lt. Bodengutachten möglich ist. Sollte dies nicht möglich sein, soll der Neubau auf dem Kindergartengelände entstehen.

4 Auftragsvergaben

4.1 Kauf dreier Bäume für den Kinderspielplatz

Der Vorsitzende erläuterte dem Gemeinderat, dass auf dem Kinderspielplatz aus Sicherheitsgründen 3 Bäume gefällt werden mussten. Die Bäume könnten durch eine tropffreie Lindenart ersetzt werden. Hierzu liegt ein Angebot der Baumschule Ley, Meckenheim i. H. v. insgesamt 561,75 € inkl. MwSt. vor. Die Pflanzung der Bäume erfolgt in Eigenleistung.

Des Weiteren wurde vom „Haus der Nachhaltigkeit“ angeboten einen Baum zu spenden. Dies könnte ebenfalls eine Linde (nicht tropffrei) oder eine Traubeneiche sein.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Kauf von 3 tropffreien Linden für den Spielplatz wie angeboten.

Die Spende vom „Haus der Nachhaltigkeit“ wird angenommen. Die Linde (nicht tropffrei) soll auf dem Dorfplatz gepflanzt werden. Beschlussfassung hierzu erfolgte einstimmig.

4.2 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Baugrunderkundung für das beabsichtigte Baufeld der Kita Vorlage: 05/193/IV/611/2023

In der Sitzung des Ausschusses für Bau- und Infrastruktur am 24.01.2023 wurde über die möglichen Varianten der Kita- Erweiterung bzw. Umbau oder Neubau beraten.

Die steigende Anzahl der Kinder, sowie der Anspruch auf Ganztagesbetreuung machen dies erforderlich. Es soll nun in einem ersten Schritt die Bebaubarkeit des Areals auf dem derzeitigen Bolzplatz erkundet und beurteilt werden.

Für diese Baugrunduntersuchungen liegt ein Angebot des Ingenieurbüro Roth & Partner in Höhe von 1.870 € netto vor.

Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig diese Leistungen, wie im Sachverhalt beschrieben an das Ingenieurbüro Roth & Partner, zu vergeben.

4.3 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe "Ersetzen der defekten Überwachungszentrale" DGH Vorlage: 05/192/IV/609/2023

Bei der Wartung der Sicherheitsbeleuchtung am 09.11.2022 durch die Firma HSU Notlichtwelt wurde festgestellt, dass die Überwachungszentrale defekt ist.

Die Firma HSU Notlichtwelt aus Lampertheim hat ein Angebot über den Austausch der Überwachungszentrale in Höhe von 4.081,70 € aufgestellt.

Es wird empfohlen den Auftrag an die Firma HSU Notlichtwelt aus Lampertheim zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag über den Austausch der defekten Überwachungszentrale an die Firma HSU Notlichtwelt e.K., Bauhofstraße 28, 68623 Lampertheim, in Höhe von 4.081,70 € (inkl. MwSt.) zu vergeben.

4.4 Weitere Auftragsvergaben

Es lagen keine weiteren Auftragsvergaben zur Entscheidung vor.

5 Bebauungsplanverfahren „Süd“ 8. Änderung

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Billigung des Planentwurfes

3. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

4. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 05/194/VIII/199/2023

Der Bebauungsplan „Süd“ soll dahingehend geändert werden, dass die, bei den westlich der Ritter-Stephan-von-Mörlheim-Straße gelegenen Grundstücke festgesetzte Ortsrandbegrünung, durchbrochen werden darf.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Anwohner in diesem Bereich eine Zuwegung zu dem bestehenden Wirtschaftsweg wünschen. Aus diesem Grunde soll es erlaubt werden, dass die Ortsrandbegrünung, bei jedem Grundstück auf einer Breite von max. 5 Meter durchbrochen werden darf. Da der Grünstreifen in dem Bebauungsplan nicht vermasst ist, soll, zur Klarstellung, festgesetzt werden, dass der Grünstreifen als Ortsrandbegründung auf einer Breite von einem Meter angelegt werden soll.

Da die Änderung des Bebauungsplanes die Grundzüge der Planung nicht berührt, kann diese im sog. vereinfachten Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch erfolgen.

1) Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, gem. § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan „Süd“ dahingehend zu ändern, dass bei den westlich der Ritter-Stephan-von-Mörlheim-Straße gelegenen Grundstücke festgesetzte Ortsrandbegrünung, durchbrochen werden darf. Die Ortsrandbegrünung darf bei jedem Grundstück auf einer Breite von max. 5 Meter durchbrochen werden.

2) Der erarbeitete Bebauungsplanentwurf und die Begründung wird vom Ortsgemeinderat einstimmig, in der vorgelegten Form gebilligt.

3) Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, gem. § 4 Abs. 1 BauGB die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an dem Bebauungsplanverfahren zu beteiligen.

4) Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, den v. g. Bebauungsplanentwurf für einen Monat bei der Verbandsgemeindeverwaltung gem. § 3 Abs. 2 BauGB offenzulegen.

Ratsmitglied Martin Zoller nahm gem. § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil und hatte den Sitzungstisch verlassen.

Die Verbandsgemeindeverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

6 Bauangelegenheiten

1. Wasserrechtliche Genehmigung

Der Vorsitzende erläuterte dem Gemeinderat einen Antrag der Stadtwerke Annweiler am Trifels bzgl. einer wasserrechtlichen Genehmigung zwecks Einleitung des Oberflächenwassers in der Breitbachstraße.

Beschlussfassung hierzu erfolgte einstimmig.

2. Gewerbegebiet Eußerthal

Seitens der Ortsgemeinde wurde der Metropolregion Rhein-Neckar ein Grundstück nahe der Kläranlage als Gewerbegebiet vorgeschlagen. Lt. Stellungnahme der Metropolregion ist dies nicht möglich, da ein kleiner Teil des Grundstücks als schützenswertes Gebiet anzusehen ist. Ortsbürgermeister Denny schlägt daher vor, den Antrag erneut, jedoch ohne die aus naturschutzrechtlicher Sicht bedenkliche Fläche, bei der Metropolregion einzureichen.

Die Abstimmung hierzu erfolgte einstimmig.

7 Verschiedenes

Ortsbürgermeister Denny erläuterte hier die Haushaltsgenehmigung der Kommunalaufsicht

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin